

Pressemitteilung

Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Green Deal und weltweiter Versorgungssicherung

Ohne Änderung drohen Einschränkungen bei Ernährungssouveränität und weiter steigende Lebensmittelpreise

Im Gefolge der Corona-Pandemie und aufgrund des Ukraine-Krieges ist die Ernährungssicherheit zu einem zentralen Anliegen geworden. Aufgrund der hohen Kaufkraft in der EU verbunden mit einem entsprechenden landwirtschaftlichen Produktionsvolumen in Europa ist die Ernährungssicherheit bei uns nicht wirklich in Gefahr. Völlig anders stellt sich die Situation praktisch vor der Haustüre Europas dar. In Nordafrika und im Nahen Osten waren schon bisher etwa 500 Millionen Menschen zu etwa 50 Prozent auf Agrar- und Lebensmittelimporte angewiesen. Aufgrund steigender Agrarpreise bahnt sich dort eine Versorgungskrise bei Lebensmitteln mit erheblichen politischen Folgewirkungen an. Gleichzeitig sieht auf EU-Ebene die geplante Umsetzung des Green Deal und der Farm-to-Fork-Strategie Maßnahmen vor, die eine erhebliche Einschränkung der Agrarproduktion zur Folge haben werden.

„Rein politisch motivierte Reduktionsziele beim Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln verbunden mit einem fehlenden EU-Außenschutz für deutlich höhere EU-Umweltstandards sowie eine massive Herausnahme von Agrarflächen aus der Produktion für Naturschutzzwecke drohen die Agrarproduktion massiv zu reduzieren, die Probleme der bäuerlichen Landwirtschaft erheblich zu verschärfen und insbesondere die Ernährungskrise im Umfeld der EU dramatisch auszuweiten. Die Auswirkungen des Green Deal auf den Handel und die Lebensmittelversorgung sind eine zentrale offene Flanke in den Kommissionsvorschlägen. Gerade im Hinblick auf die globale Ernährungssicherheit und der strategischen Autonomie bei der Lebensmittelversorgung in der EU bedarf vor allem die Farm-to-Fork-Strategie in wesentlichen Teilen dringend einer geänderten Umsetzung. Das

haben zuletzt die Folgewirkungen des Russland-Ukraine-Krieges leider schmerzlich verdeutlicht“, betont LK-Präsident Franz Waldenberger.

Landwirtschaft bekennt sich zum Ziel der Klimaneutralität

Zentrales Ziel des Green Deal ist die Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050. In einer ersten Etappe sollen bis 2030 die Klimaemissionen um 55 Prozent reduziert werden. Die Bauernvertretung bekennt sich zur Erreichung dieser Ziele, fordert aber eine fairere Lastenteilung und eine adäquate Berücksichtigung der Besonderheiten landwirtschaftlicher Produktionsprozesse. Viele natürliche Vorgänge in der Tier- und Pflanzenproduktion lassen sich nicht emissionsfrei gestalten, sind aber für die Versorgungssicherung von elementarer Bedeutung. Zudem erbringt die Land- und Forstwirtschaft in den Bereichen der Bioenergie- und Rohstoffproduktion viele Klimaschutzleistungen, die aber in der Klimabilanz anderen Sektoren gutgeschrieben werden. Die heimische Landwirtschaft setzt seit vielen Jahren auf den konsequenten Ausbau einer nachhaltigen ökologischen und klimateffizienten Produktion. Die im Rahmen der EU Farm-to-Fork-Strategie vorgesehenen politisch motivierten und fachlich nicht fundierten Reduktionsziele, wie die Verringerung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes um 50 Prozent und der Nährstoffüberschüsse ebenfalls um 50 Prozent vernachlässigen die praktische Umsetzbarkeit und würden die heimische Bauernschaft zu einem wesentlichen Teil aus der Produktion und vom Markt drängen.

„Auch das Ziel eines EU-weiten Ausbaus des Biolandbaus auf einen Produktionsanteil von 25 Prozent würde vor allem die heimische Biolandwirtschaft massiv unter Druck bringen, da damit wichtige Exportmärkte für Bioprodukte innerhalb der EU verloren gehen würden. Der Ausbau des Biolandbaus muss sich auch in Zukunft an der Nachfrageentwicklung orientieren, ansonsten brechen die Märkte und Preise für Bioprodukte zusammen“, erklärt Waldenberger.

Sichere Lebensmittelversorgung ist auf Mineraldünger angewiesen

Im Gefolge des Ukraine-Krieges und der steigenden Gaspreise sind heuer vor allem die Preise für Mineraldünger geradezu explodiert. Aufgrund des anhaltenden Krieges und handelspolitischer Sanktionsmaßnahmen droht sich die Düngemittelversorgung für die Ernte des kommenden Jahres weiter zuzuspitzen. Bereits im heurigen Jahr wird ein wesentlicher Teil der Ernterückgänge nicht nur auf die Kriegshandlungen in der Ukraine, sondern auch auf die eingeschränkte Verfügbarkeit und die hohen Preise bei Düngemitteln zurückzuführen sein. Bisher werden etwa 20 Prozent des Stickstoff-Mineraldüngers in der EU importiert, vor allem aus Russland und Kasachstan. Insgesamt stammen in Österreich etwa 45 Prozent des Düngemiteleinsatzes – bezogen auf Stickstoff – aus Mineraldüngern, die anderen 55 Prozent aus Gülle, Mist und Gärresten.

Pflanzenschutzmittel dienen auch der Qualitätssicherung

Pflanzenschutzmittel dienen in vielen Bereichen der Qualitätssicherung in der Pflanzenproduktion, vor allem im Getreidebau. Daneben dienen Pflanzenschutzmittel der

Unkrautbekämpfung und damit indirekt der Ertragssteigerung. Pflanzenschutzmittel sind aber in vielen Bereichen auch eine Grundlage dafür, dass erosionsschützende und emissionsmindernde Anbauverfahren (durch eine Reduktion von Überfahrten bzw. Arbeitsgängen) überhaupt erst möglich sind. Über die für den Betrieb wirtschaftlich und für die Umwelt ökologisch optimale Produktionsstrategie kann am besten im Einzelfall entschieden werden, da für eine optimale Produktionsstrategie eine Vielfalt an Einflussfaktoren wie z.B. Boden, Wetter, Sortenwahl und Fruchtfolge bzw. die Verwendung des Ernteproduktes von entscheidender Bedeutung sind. Die Umweltgerechtigkeit ausschließlich an der Menge der eingesetzten Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln zu bemessen greift viel zu kurz, da sich die Nebenwirkungen einzelner Wirkstoffe deutlich unterscheiden und bei Wirkstoffen mit geringeren Nebenwirkungen meist höhere Wirkstoffmengen zum Einsatz kommen. Zudem führt die zunehmende Einschränkung von Wirkstoffen zunehmend zu Resistenzbildungen bzw. zur Notwendigkeit der Behandlung mit höheren Wirkstoffmengen.

„Die Landwirtschaftskammer bekennt sich dazu, künftig noch weniger Pflanzenschutzmittel einzusetzen, die vorgeschlagene undifferenzierte pauschale Absenkung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes um 50 Prozent wird jedoch als nicht zielführend mit allem Nachdruck abgelehnt. Die heimische Landwirtschaft setzt daher auf den integrierten Pflanzenschutz, der das Ergebnis einer gesamthaften Optimierung unter Einbeziehung definierter Schadschwellenwerte darstellt. In der Bildungs- und Beratungsarbeit stellt der integrierte Pflanzenschutz den Schwerpunkt dar, ergänzt um eine Reihe von Instrumenten, wie dem bundesweiten Pflanzenschutzwarndienst, der für die einzelnen Kulturarten je nach Infektionsdruck laufend zeitaktuelle Informationen für die Pflanzenproduktion zur Verfügung stellt“, so Franz Waldenberger.

Erschwert wird die Situation durch die insgesamt sehr schleppende Neuzulassung von Wirkstoffen. Zudem bleiben neue Züchtungstechnologien, die entscheidende Sprünge bei Schädlingsresistenzen, Trockenheitsverträglichkeit, bestimmten Qualitätseigenschaften und Erträgen ermöglichen würden, bei der Diskussion von Zukunftsstrategien weiter völlig außer Betrachtung.

Antibiotikareduktion schon länger eingeleitet

Die im Rahmen der Farm-to-Fork-Strategie vorgeschlagene Reduktion des Antibiotikaeinsatzes in der Nutztierhaltung wurde von den heimischen bäuerlichen Familienbetrieben schon länger eingeleitet. Damit soll der Antibiotikaeinsatz in der Nutztierhaltung weiter schrittweise reduziert werden. Zudem hat sich auch die Art der eingesetzten Wirkstoffe in diesem Zeitraum erheblich verändert. Insbesondere die in der Humanmedizin bedeutsamen Reserveantibiotika werden in der Nutztierhaltung kaum noch eingesetzt. Eine weitere pauschale Reduktion gefährdet hier die Fähigkeit der Veterinärmedizin, Nutztiere situationsgerecht zu versorgen und damit auch den

Tierwohlvorgaben zu entsprechen. Zudem würde damit auch die Lebensmittelqualität beeinträchtigt.

Biodiversitätsstrategie erfordert Flexibilität

Die EU-Biodiversitätsstrategie im Rahmen des Green Deal sieht vor, dass 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen unter Schutz sowie zehn Prozent der Flächen unter einen strengen Schutz gestellt werden sollen. Auch hier erweisen sich die geplanten pauschalen Flächenvorgaben als sehr problematisch. Die Landwirtschaftskammer bekennt sich grundsätzlich zur Erbringung höherer Biodiversitätsleistungen, pauschale Vorgaben ohne finanziell adäquate Ausgleichsmaßnahmen werden aber als wirtschaftlich nicht machbar abgelehnt. Hier braucht es vor allem auch mehr Flexibilität von Seiten der öffentlichen Hand. So wären aktuell viele Bäuerinnen und Bauern im Rahmen des neuen Agrarumweltprogrammes bereit, sogenannte Mehrnutzenhecken anzulegen, wenn sie die Gewähr dafür hätten, dass sie diese zu einem späteren Zeitpunkt bei Bedarf auch wieder beseitigen dürfen. Diesbezüglich gibt es aber im Naturschutzrecht eine Reihe offener Fragen.

„Zudem brauchen wir intelligentere Naturschutzkonzepte, die bei Bedarf auch mit einer geringeren Herausnahme von Flächen aus der Produktion auskommen, wenn auf der jeweiligen Naturschutzfläche höherwertige Biodiversitätsleistungen erbracht werden. Weiters brauchen wir mehr produktionsintegrierte Formen des Naturschutzes, dies gilt insbesondere auch für die Forstwirtschaft, weil hier eine überzogene Herausnahme von Flächen aus der Produktion vor allem auch hinsichtlich des Klimaschutzes äußerst kontraproduktiv wäre“, stellt Kammerpräsident Waldenberger klar.



Bildtext: Die heimischen Bäuerinnen und Bauern sorgen mit ihren Flächen für eine sichere Lebensmittelversorgung. Diese wäre durch überzogene Auflagen seitens der EU in Gefahr.

Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Mag. Karl Dietachmair, Kammerdirektor der Landwirtschaftskammer Oberösterreich

Farm-to-Fork-Strategie im Widerspruch zu Versorgungssicherheit und Klimaschutz

Im Zuge der Präsentation der Farm-to-Fork-Strategie im Jahr 2020 hat die EU-Kommission im Gegensatz zur Vorgangsweise bei sonstigen politischen Reformvorhaben dieser Größenordnung keine wirtschaftliche Folgenabschätzung vorgelegt. Es fehlte auch eine strategisch-technologische Flankierung wie z.B. durch die Anwendung neuer Züchtungstechnologien oder die Forcierung der Digitalisierung.

„Die Landwirtschaftskammer hat von Beginn an auf die erwartbaren negativen Auswirkungen auf Produktionsmengen verwiesen. Verschiedene Studien von Universitäten und Instituten haben in der Folge die vorgeschlagenen Maßnahmen und deren Auswirkungen eingehender hinterfragt. Diese kommen durchgängig zum Ergebnis, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen der Farm-to-Fork-Strategie und der Biodiversitätsstrategie zu einem massiven Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion in der EU führen“, erklärt Kammerdirektor Karl Dietachmair. Studien der gemeinsamen Forschungsstelle der EU, der Universitäten Kiel und Wageningen und selbst des US-Landwirtschaftsministeriums kommen alle zu dem Schluss, dass es mehrere ganz erhebliche Auswirkungen und Widersprüche gibt, die bei der weiteren Umsetzung berücksichtigt werden sollten.

Europa künftig Nettoimporteur bei Lebensmitteln

Die Studie der Universität Kiel kommt zum Ergebnis, dass bei Umsetzung der vorgeschlagenen EU-Maßnahmen bei Getreide, Ölsaaten und Rindfleisch ein Produktionsrückgang von etwa 20 Prozent zu erwarten ist. Nach der Studie des wissenschaftlichen Dienstes der EU würde die landwirtschaftliche Produktion der EU insgesamt um 10 bis 15 Prozent zurückgehen. „Damit geraten die Ernährungssicherheit und die strategische Lebensmittelaufonomie der EU nachhaltig in Gefahr und jedenfalls wären zusätzliche erhebliche Preissteigerungen zu erwarten. Diese Studienergebnisse, die aus der Zeit vor dem Ausbruch des Ukraine-Krieges stammen, haben zuletzt mit der weltweiten Zuspitzung der Versorgungslage bei Lebensmitteln eine zusätzliche dramatische Brisanz erfahren“, so Dietachmair.

„Leakage“-Effekt brächte Verlagerung von Umwelt- und Klimawirkungen

Geradezu vernichtend sind die Ergebnisse einzelner Studien hinsichtlich der Klima- und Umweltwirkungen der vorgeschlagenen EU-Maßnahmen im Rahmen der Farm-to-Fork-Strategie. Auch hier kommt die Studie des Grain-Club der Universität Kiel zum Ergebnis, dass durch die Verlagerung der Agrarerzeugung in Drittländer zusätzliche erhebliche Klimaemissionen entstehen, vor allem durch Landnutzungsänderungen. Aber auch weitere Transportwege, eine geringere Produktionseffizienz und zusätzliche Biodiversitätsverluste in diesen Ländern lassen die positiven Umwelt- und Klimaeffekte in der EU mehr als

verblassen. Selbst der wissenschaftliche Dienst der EU-Kommission weist zwar einen Rückgang der Treibhausgasemissionen in der EU in Höhe von 14,8 Prozent aus, bestätigt aber gleichzeitig, dass zwei Drittel davon durch einen Anstieg der Emissionen außerhalb der EU wieder konterkariert werden. Andere gehen von einem Nullsummenspiel aus, obwohl zusätzliche Landnutzungsänderungen in Drittstaaten durch Abholzungen noch gar nicht berücksichtigt wurden. Dazu kommt, dass damit in vielen Bereichen nicht nur eine erhebliche wirtschaftliche Wertschöpfung in der landwirtschaftlichen Urproduktion, sondern auch in den vor- und nachgelagerten Bereichen verloren ginge, die vor allem die ländlichen Räume der EU wirtschaftlich massiv treffen würde.

Als Folge würden die Agrar- und Lebensmittelimporte erheblich ansteigen und die Agrarexporte der EU deutlich sinken. So wird in den Studien von einem Rückgang der Getreideexporte in der Größenordnung von 12 bis 15 Millionen Tonnen ausgegangen, obwohl auch die Futtermittelverwendung in der EU deutlich abnehmen würde. Zum Vergleich: Die Getreideexporte der Ukraine als Kornkammer Europas betragen im Schnitt der Jahre 2017 bis 2020 etwa 45 Millionen Tonnen. Dazu käme ein deutlich sinkender Selbstversorgungsgrad bei Obst und Gemüse. Hier wird vom wissenschaftlichen Dienst der EU-Kommission ein Anstieg der Nettoimporte von 8 Millionen Tonnen erwartet.

Global fragiles Ernährungssystem bringt Risiken

Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges machen aktuell deutlich, auf welch fragilen Beinen unser globales Ernährungssystem steht. Die Mehrzahl der oben angeführten Studien gehen davon aus, dass die wegfallende EU-Produktion durch eine entsprechende Mehrproduktion und höhere Exporte aus dem Schwarzmeerraum ausgeglichen wird. Neben einem erheblichen Wegfall der Ukraine-Exporte ist aktuell wohl auch die Verlässlichkeit russischer Getreideexporte massiv in Frage zu stellen. „Aus diesem Grund wären nun dringend angepasste Studien erforderlich, die die veränderten ukrainischen und russischen Exportmöglichkeiten berücksichtigen. Zudem zeigt die aktuelle Situation wiederholt, dass die weltweite Versorgungslage mit Agrarprodukten und Lebensmitteln in vielen Ländern und Regionen erhebliche Auswirkungen auf die politische Stabilität und damit auch auf Migrationsströme haben kann“, so Dietachmair.

Agrarproduktion ist politischer Stabilitätsfaktor

Die Produktion von Agrarrohstoffen für den Export bzw. den Weltmarkt ist für viele Länder und Regionen der Welt ein ganz wesentlicher politischer Stabilitätsfaktor. Die zwei weltweit führenden Agrarimporteure Ägypten und Bangladesch haben nur eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 300 bzw. 600 Quadratmetern je Einwohner zur Verfügung (im Vergleich dazu Österreich mit knapp 3.000 Quadratmetern je Einwohner). Mit einem jährlichen Weizenexport von 27 Millionen Tonnen trägt die EU ganz wesentlich zur politischen Stabilisierung wichtiger weltweiter Krisenregionen bei. Auch das sind unverzichtbare positive Auswirkungen der EU-Agrarproduktion.

Green Deal nachjustieren und ergänzen statt zurückdrehen

Die derzeitigen Maßnahmenvorschläge der Farm-to-Fork-Strategie sind nicht wirklich klimawirksam und führen wohl zu einem erheblichen Leakage bei der globalen Biodiversität. Zudem bedroht die erhebliche Verschlechterung der agrarischen EU-Handelsbilanz die globale Ernährungssicherheit. Ein völliges Zurückdrehen der Maßnahmen wäre aber vor allem im Hinblick auf die Biodiversität genauso falsch wie die vorgeschlagenen pauschalen Restriktionen. Es bedarf daher einer Nachjustierung der Farm-to-Fork-Strategie und umfassender Ergänzungen. „Erforderlich sind möglichst produktionsintegrierte Strategien für den Umwelt-, Klima-, Wasser- und Biodiversitäts-Schutz. Absolut unverzichtbar ist vor allem eine handelspolitische Flankierung des höheren Umwelt- und Klimaschutzniveaus der EU-Agrarproduktion. Die Bäuerinnen und Bauern bekennen sich zu höheren Umwelt- und Klimastandards in der Agrarproduktion, diese müssen aber auch wirtschaftlich machbar gestaltet werden, um unsere bäuerlichen Familienbetriebe in ihrer wirtschaftlichen Substanz erhalten zu können“, so Dietachmair abschließend.



Bildtext: „Es ist dringend notwendig, den Green Deal und die Farm to Fork-Strategie zu überdenken und bei den Maßnahmen nachzubessern“, sind sich Mag. Franz Waldenberger, Präsident der LK OÖ und Mag. Karl Dietachmair, Kammerdirektor der LK OÖ, einig.
Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck honorarfrei

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1591, elisabeth.frei-ollmann@lk-ooe.at